

Inhaltsübersicht

Abkürzungsverzeichnis	39
------------------------------------	-----------

Einleitung: Die Problematik des Erlasses von Individualsanktionen nach dem Sanktionsregime der SR-Res. 1267/1999	43
---	-----------

Teil I: Allgemeine Grundlagen zum Erlass von Sanktionen durch den Sicherheitsrat.....	51
--	-----------

Kapitel 1: Begriff und Formen von Wirtschaftssanktionen.....	51
---	-----------

§ 1: Der Begriff der Sanktion	51
-------------------------------------	----

§ 2: Der Begriff der Wirtschaftssanktion.....	52
---	----

§ 3: Formen von Wirtschaftssanktionen	53
---	----

Kapitel 2: Die bisherige Sanktionspraxis des Sicherheitsrats	53
---	-----------

§ 1: Allgemeiner Überblick.....	53
---------------------------------	----

§ 2: Die geringfügige Bedeutung von Wirtschaftssanktionen während des Ost-West-Konflikts (1945–1990)	55
---	----

§ 3: Wirtschaftssanktionen als zentrales Handlungsinstrument der kollektiven Friedenssicherung – der Beginn der Sanktionsdekade (ab 1990).....	56
--	----

A. Die Aufwertung von Wirtschaftssanktionen und ihre Gründe	56
---	----

B. Die verschärfte Diskussion um die Rechtmäßigkeit von Wirtschaftssanktionen	58
--	----

§ 4: Die Entwicklung intelligenter (<i>smart</i>) bzw. gezielter (<i>targeted</i>) Sanktionen	61
--	----

A. Entstehungsgründe und Entstehungsgeschichte	61
--	----

B. Formen intelligenter/zielgerichteter Sanktionen	63
--	----

§ 5: Individualsanktionen ohne staatlichen Bezug – das 1267er-Sanktionsregime.....	66
---	----

Teil II: Darstellung des 1267er-Sanktionsregimes	69
Kapitel 1: Die UN-Ebene	70
§ 1: Die Sanktionsresolutionen des 1267er-Sanktionsregimes	70
A. Normative Grundlagen	70
B. Die Entstehung und Entwicklung des Sanktionsregimes	70
C. Die Abgrenzung des 1267er- zum 1373er-Sanktionsregime	87
§ 2: Die Verwaltung der Sanktionen durch den Sanktionsausschuss	91
A. Zusammensetzung und Aufgaben des Sanktionsausschusses	91
B. Die Richtlinien des Sanktionsausschusses	91
C. Grundsätzliches zur Arbeitsweise im Sanktionsausschuss	92
D. Das Listungsverfahren	93
§ 3: Rechtsschutzmöglichkeiten auf UN-Ebene	95
A. Das Individualdelisting-Verfahren vor der Ombudsperson	95
B. Das Delisting-Verfahren bei von Staaten eingereichten Streichungsanträgen	99
§ 4: Zusammenfassung	100
Kapitel 2: Die EU-Ebene	102
§ 1: Die EU-Maßnahmen zur Umsetzung des 1267er-Sanktionsregimes	102
A. Die Rechtslage vor Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon	102
B. Kompetenzgrundlagen nach dem Vertrag von Lissabon	106
§ 2: Rechtsschutzmöglichkeiten auf EU-Ebene	114
A. Rechtsschutz gegen den GASP-Sanktionsbeschluss	114
B. Rechtsschutz gegen die Sanktionsverordnung	116
C. Zusammenfassung der Rechtsschutzmöglichkeiten gelisteter Personen auf EU-Ebene	136
§ 3: Zusammenfassung	136
Kapitel 3: Die staatliche Ebene	136
§ 1: Die staatlichen Umsetzungsmaßnahmen	136
A. Der Erlass von Strafvorschriften	136
B. Die Entscheidungen über Anträge auf Erteilung von Ausnahmegenehmigungen	137

C. Die Umsetzung des Reiseverbots und des Waffenembargos	138
§ 2: Rechtsschutzmöglichkeiten vor deutschen Gerichten	138
§ 3: Zusammenfassung	139
Teil III: Die Völkerrechtskonformität des 1267er-Sanktionsregimes.....	141
Kapitel 1: Methodologische Vorüberlegungen zur Auslegung der UN-Charta.....	141
§ 1: Der Grundsatz der objektiven Auslegung der UN-Charta	142
§ 2: Die Auslegungsfaktoren im Einzelnen.....	143
A. Der Wortlaut	143
B. Die systematische Auslegung	144
C. Die teleologische Auslegung	144
D. Die Vertragspraxis	145
Kapitel 2: Fragen der grundsätzlichen Rechtsbindung des Sicherheitsrates.....	151
§ 1: Überblick über die Befugnisse des Sicherheitsrates nach Kap. VII der UN-Charta	151
§ 2: Der Sicherheitsrat als <i>legibus solutus</i> ?	155
§ 3: Die Bejahung einer grundsätzlichen Rechtsbindung des Sicherheitsrates	156
§ 4: Chartaimmanente Beschränkungen der Sicherheitsratsbefugnisse.....	159
A. Die Artt. 39 ff. UN-Charta.....	160
B. Art. 24 Abs. 1 UN-Charta	160
C. Art. 24 Abs. 2 UN-Charta.....	160
§ 5: Die Bindung des Sicherheitsrates an das allgemeine Völkerrecht	162
A. Die Kontroverse um die Auslegung der Artt. 103, 1 Abs. 1 UN-Charta	162
B. Exemption des Sicherheitsrates von den Bestimmungen des allgemeinen Völkerrechts?	163
C. Lockerung der Bindung des Sicherheitsrates an die Bestimmungen des allgemeinen Völkerrechts?	164
D. Stellungnahme	165

Kapitel 3: Die Vereinbarkeit des 1267er-Sanktionsregimes mit dem Kap. VII der UN-Charta.....	167
§ 1: Die Terroraktivitäten Al Qaidas als Gefahrenlage i. S. d. Art. 39 UN-Charta.....	167
A. Der Terrorismusbegriff des Völkerrechts.....	167
B. Die Praxis des Sicherheitsrates.....	172
C. Die Vereinbarkeit der Sicherheitsratspraxis mit den Auslegungskriterien der WVRK.....	175
D. Die konstitutiven Elemente friedensbedrohender Terrorhandlungen Privater.....	181
§ 2: Die Vereinbarkeit des 1267er-Sanktionsregimes mit Art. 41 UN-Charta	186
A. Art. 41 UN-Charta und das Individuum als Völkerrechtssubjekt	186
B. Individualsanktionen und das Interventionsverbot des Art. 2 Abs. 7 UN-Charta	187
C. Der innere Zusammenhang zwischen den Artt. 39, 41 UN-Charta	190
§ 3: Die Zulässigkeit des Erlasses abstrakt-genereller Maßnahmen zur Terrorismusbekämpfung	190
Kapitel 4: Die prinzipielle Menschenrechtsbindung des Sicherheitsrates im Kontext des 1267er-Sanktionsregimes.....	192
§ 1: Ansätze zur Herleitung einer Menschenrechtsbindung des Sicherheitsrates über Art. 1 Abs. 1 UN-Charta.....	192
A. Das Wortlautargument.....	192
B. Die Menschenrechte als Teil des Friedensbegriffs in Art. 1 Abs. 1 UN-Charta?	193
§ 2: Die Menschenrechtsbindung des Sicherheitsrates über Art. 1 Abs. 3 UN-Charta.....	196
A. Wortlaut.....	197
B. Systematik.....	197
C. Telos.....	199
D. Analyse der Sicherheitsratspraxis.....	203
E. Zusammenfassung.....	208

§ 3: Die inhaltliche Konturierung der von Art. 1 Abs. 3 UN-Charta ausgehenden Menschenrechtsbindung	208
A. Die Bindung des Sicherheitsrats an die Bestimmungen des IPBPR	208
B. Die Bindung des Sicherheitsrates an Art. 6 IPWSKR.....	234
C. Die Bindung des Sicherheitsrates an die AEMR.....	237
D. Einschluss des humanitären Völkerrechts in Art. 1 Abs. 3 UN-Charta?	249
§ 4: Die Reichweite der Menschenrechtsbindung des Sicherheitsrates beim Tätigwerden nach Kap. VII UN-Charta	250
A. Das Meinungsspektrum	250
B. Stellungnahme	261
C. Ergebnis	275
Kapitel 5: Die Menschenrechtsprüfung im Einzelnen	276
§ 1: Die betroffenen Menschenrechte	276
A. Betroffene Menschenrechte natürlicher Personen.....	276
B. Betroffene Menschenrechte von Personenvereinigungen	282
C. Ergebnis	284
§ 2: Die Eingriffsrechtfertigung	285
A. Vorliegen einer gesetzlichen Grundlage	286
B. Die Verhältnismäßigkeit des Eingriffs	287
C. Zwischenergebnis und weiterer Gang der Untersuchung	292
§ 3: Das Recht auf rechtliches Gehör und effektiven Rechtsschutz.....	292
A. Das Recht auf rechtliches Gehör	292
B. Das Recht auf effektiven Rechtsschutz.....	307
§ 4: Der Bestimmtheitsgrundsatz.....	325
A. Inhalt.....	326
B. Prüfung der gegenwärtigen Listungskriterien auf ihre Vereinbarkeit mit dem Bestimmtheitsgrundsatz	327
C. Zusammenfassung.....	337

§ 5: Die notwendige Verknüpfung von Sanktionierung und strafrechtlicher Verfolgung	338
A. Problemaufriss.....	338
B. Der Sayadi/Vinck-Fall des MRA.....	341
C. Das System aus nationaler Strafverfolgung und internationaler Sanktionierung.....	346
D. Die Bündelung von strafrechtlicher Verfolgung und Sanktionserlass auf UN-Ebene	359
E. Zusammenfassung.....	360
§ 6: Zusammenfassung des Kapitels.....	360
Kapitel 6: Die rechtlichen Konsequenzen rechtswidriger Sicherheitsresolutionen.....	362
§ 1: Die Kontroverse um die Auslegung des Art. 25 UN-Charta	362
§ 2: Das Verfahren zur Feststellung der Rechtswidrigkeit von Sicherheitsratsresolutionen	364
Kapitel 7: Zusammenfassung des Teils III	368
 Teil IV: Die Rechtmäßigkeit der EU-Maßnahmen zur Umsetzung des 1267er-Sanktionsregimes.....	 369
Kapitel 1: Die Völkerrechtskonformität des 1. KADI-Urteils des EuGH.....	369
Kapitel 2: Das Verhältnis zwischen der UN-Charta und den nationalen Rechtsordnungen bzw. dem EU-Recht	371
§ 1: Die gängigen Theorien zum Verhältnis von Völkerrecht und nationalem Recht.....	371
A. Monismus und Dualismus	371
B. Die Lösung von Konflikten zwischen beiden Rechtsebenen	372
§ 2: Die Übertragbarkeit der für das nationale Recht entwickelten Grundsätze auf das Verhältnis von EU-Recht und UN-Charta.....	377
A. Der Grundsatz der Autonomie des Unionsrechts	377
B. Keine Sonderstellung von Sicherheitsratsmaßnahmen auf Grundlage des Art. 351 Abs. 1 AEUV	379

C.	Keine Sonderstellung von Sicherheitsratsmaßnahmen aufgrund ihres politischen Charakters	381
D.	Ergebnis	382
Kapitel 3:	Die Grundrechtskonformität der EU-Sanktionsmaßnahmen	382
§ 1:	Die Bewertung der EuGH-Entscheidung zur prinzipiellen Aufrechterhaltung der EU-Sanktionsverordnung	382
§ 2:	Das Problem der ungeprüften Übernahme von Listungsbeschlüssen des Sanktionsausschusses durch die EU	384
A.	Problemaufriss	384
B.	Das Prüfungsverfahren vor der EU-Kommission	385
C.	Der einstweilige Rechtsschutz vor den Unionsgerichten	387
§ 3:	Ergebnis	388
Kapitel 4:	Zusammenfassung	389
Teil V:	Die EU-Sanktionsmaßnahmen als Gegenstand von Gerichtsverfahren vor dem BVerfG und dem EGMR	391
Kapitel 1:	Die EU-Sanktionsmaßnahmen als Gegenstand eines Verfahrens vor dem BVerfG	391
Kapitel 2:	Die EU-Sanktionsmaßnahmen als Gegenstand eines Verfahrens vor dem EGMR	393
§ 1:	Überblick	393
§ 2:	Das NADA-Urteil des EGMR	394
A.	Vorgeschichte	394
B.	Die Erwägungen des Gerichtshofs	395
C.	Erste Bewertung des NADA-Urteils	397
§ 3:	Die Rechtsprechung des EGMR zum Verhältnis von EMRK und den staatlichen Verpflichtungen aus Mitgliedschaften in internationalen Organisationen	398
A.	Allgemeine Grundsätze	398

B. Sonderregime für staatliche Maßnahmen zur Umsetzung von Sicherheitsratsresolutionen? – das Behrami/Saramati-Urteil des EGMR	401
§ 4: Bewertung des NADA-Urteils im Lichte der bisherigen EGMR-Rechtsprechung	404
§ 5: Konsequenzen für eine mögliche Prüfung der EU-Sanktionsmaßnahmen durch den EGMR	407
Kapitel 3: Zusammenfassung	407
 Teil VI: Synopsis der Arbeit und ihrer Ergebnisse.....	409
Kapitel 1: Problemaufriss.....	409
Kapitel 2: Terminologie und Einordnung des Sanktionsregimes in die bisherige Sanktionspraxis des Sicherheitsrates	410
§ 1: Der Begriff der Wirtschaftssanktion.....	410
§ 2: Die Einordnung des 1267er-Sanktionsregimes in die bisherige Sanktionspraxis des Sicherheitsrates	411
Kapitel 3: Darstellung des 1267er-Sanktionsregimes.....	411
§ 1: Die UN-Ebene	412
§ 2: Die EU-Ebene	413
§ 3: Die staatliche Ebene	413
Kapitel 4: Die Rechtmäßigkeit des 1267er-Sanktionsregimes.....	414
§ 1: Terroraktivitäten AL QAIDAS als Gefahrenlage i. S. d. Art. 39 UN-Charta.....	414
§ 2: Die Vereinbarkeit des 1267er-Sanktionsregimes mit den internationalen Menschenrechten.....	415
A. Rechtsquellen einer Menschenrechtsbindung des Sicherheitsrates	415
B. Die inhaltliche Konkretisierung	416
C. Der Umfang der Menschenrechtsbindung des Sicherheitsrates bei einem Tätigwerden nach Kap. VII UN-Charta	416
D. Die Grundrechtsprüfung im Einzelnen	417
E. Rechtsfolgen chartawidriger Sanktionsresolutionen	417

Kapitel 5:	Die Rechtmäßigkeit der EU-Maßnahmen zur Umsetzung des 1267er-Sanktionsregimes.....	418
Kapitel 6:	Die EU-Sanktionsmaßnahmen als möglicher Gegenstand von Gerichtsverfahren vor dem BVerfG und dem EGMR.....	419
Schlussbemerkung		421
Literaturverzeichnis		425

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	39
------------------------------------	-----------

Einleitung: Die Problematik des Erlasses von Individualsanktionen nach dem Sanktionsregime der SR-Res. 1267/1999	43
---	-----------

Teil I: Allgemeine Grundlagen zum Erlass von Sanktionen durch den Sicherheitsrat.....	51
--	-----------

Kapitel 1: Begriff und Formen von Wirtschaftssanktionen.....	51
---	-----------

§ 1: Der Begriff der Sanktion	51
-------------------------------------	----

§ 2: Der Begriff der Wirtschaftssanktion.....	52
---	----

§ 3: Formen von Wirtschaftssanktionen	53
---	----

Kapitel 2: Die bisherige Sanktionspraxis des Sicherheitsrats	53
---	-----------

§ 1: Allgemeiner Überblick.....	53
---------------------------------	----

§ 2: Die geringfügige Bedeutung von Wirtschaftssanktionen während des Ost-West-Konflikts (1945–1990)	55
---	----

§ 3: Wirtschaftssanktionen als zentrales Handlungsinstrument der kollektiven Friedenssicherung – der Beginn der Sanktionsdekade (ab 1990).....	56
--	----

A. Die Aufwertung von Wirtschaftssanktionen und ihre Gründe.....	56
---	----

B. Die verschärfte Diskussion um die Rechtmäßigkeit von Wirtschaftssanktionen	58
--	----

§ 4: Die Entwicklung intelligenter (<i>smart</i>) bzw. gezielter (<i>targeted</i>) Sanktionen	61
--	----

A. Entstehungsgründe und Entstehungsgeschichte	61
--	----

B. Formen intelligenter/zielgerichteter Sanktionen	63
--	----

§ 5: Individualsanktionen ohne staatlichen Bezug – das 1267er-Sanktionsregime.....	66
---	----

Teil II: Darstellung des 1267er-Sanktionsregimes	69
Kapitel 1: Die UN-Ebene.....	70
§ 1: Die Sanktionsresolutionen des 1267er-Sanktionsregimes.....	70
A. Normative Grundlagen.....	70
I. Der Erlass der Sanktionsresolutionen auf Grundlage des Art. 41 UN-Charta.....	70
II. Die Umsetzungspflicht der Mitgliedstaaten nach Artt. 25, 48 UN-Charta.....	70
B. Die Entstehung und Entwicklung des Sanktionsregimes	70
I. Die Begründung des Sanktionsregimes mit Erlass der SR-Res. 1267/1999 vom 15.10.1999.....	71
1. Der tatsächliche Hintergrund – die Anschläge von Nairobi und Daressalam vom 07.08.1998	71
2. Der Inhalt der Resolution	73
II. Die Erstreckung der Sanktionen auf BIN LADEN und AL QAIDA mit dem Erlass der SR-Res. 1333/2000	75
III. Die Mutation zum globalen Individualsanktionsregime mit Erlass der SR-Res. 1390/2002.....	76
IV. Die Folgeresolutionen im Überblick	77
1. Die Aufnahme von Ausnahmeregelungen mit dem Erlass der SR-Res. 1452/2002	78
a) Ausnahmeregelungen zu den Finanzsanktionen	78
b) Ausnahmeregelungen zu den Reisesanktionen.....	80
2. Verbesserungen des Sanktionsregimes in rechtsstaatlicher Hinsicht.....	81
a) Erhöhung der Transparenz des Listungsverfahrens	81
b) Aufklärung der Zielpersonen über ihre Listung und deren Gründe	83
c) Verbesserung der Rechtsschutzmöglichkeiten gelisteter Personen.....	84
3. Die Trennung der TALIBAN- von der AL QAIDA-Sanktionsliste mit Erlass der SR-Res. 1988/2011 und 1989/2011	86
C. Die Abgrenzung des 1267er- zum 1373er-Sanktionsregime	87

§ 2: Die Verwaltung der Sanktionen durch den Sanktionsausschuss.....	91
A. Zusammensetzung und Aufgaben des Sanktionsausschusses	91
B. Die Richtlinien des Sanktionsausschusses	91
C. Grundsätzliches zur Arbeitsweise im Sanktionsausschuss.....	92
D. Das Listungsverfahren.....	93
I. Die Entwicklung des Listungsverfahrens.....	93
II. Das Verfahren im Einzelnen.....	93
§ 3: Rechtsschutzmöglichkeiten auf UN-Ebene.....	95
A. Das Individualdelisting-Verfahren vor der Ombudsperson	95
I. Die Zulässigkeitsprüfung des Antrags.....	96
II. Die Informationssammelphase	96
III. Die Dialogphase	97
IV. Die Entscheidungsphase	98
B. Das Delisting-Verfahren bei von Staaten eingereichten Streichungsanträgen.....	99
§ 4: Zusammenfassung	100
Kapitel 2: Die EU-Ebene.....	102
§ 1: Die EU-Maßnahmen zur Umsetzung des 1267er-Sanktionsregimes	102
A. Die Rechtslage vor Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon.....	102
I. Die Annahme eines Gemeinsamen Standpunkts nach Art. 15 EUV a.F.....	102
II. Der Erlass der Sanktionsverordnung nach Artt. 301,60 EGV i.V.m. Art. 308 EGV.....	102
1. Die Auffassung des EuG	104
2. Die Bestätigung der vom EuG ermittelten Kompetenznormen im 1. Kadi-Urteil des EuGH.....	105
B. Kompetenzgrundlagen nach dem Vertrag von Lissabon.....	106
I. Die Beschlussfassung nach Art. 28 EUV.....	106
II. Die Befugnisnorm für den Erlass der Sanktionsverordnung – Art. 75 Abs. 1 oder Art. 215 Abs. 2 AEUV?	106
1. Problemaufriss	106

2.	Rechtliche Bewertung	107
a)	Allgemeine Grundsätze zur Bestimmung der einschlägigen Rechtsgrundlage	108
b)	Anwendung der gängigen Auslegungsregeln	108
aa)	Grammatikalische Auslegung	108
bb)	Systematische Auslegung.....	109
cc)	Die teleologische Auslegung	110
dd)	Ergebnis.....	111
c)	Der verbleibende Anwendungsbereich des Art. 75 AEUV	111
§ 2:	Rechtsschutzmöglichkeiten auf EU-Ebene.....	114
A.	Rechtsschutz gegen den GASP-Sanktionsbeschluss.....	114
B.	Rechtsschutz gegen die Sanktionsverordnung	116
I.	Die Kadi I-Rechtsprechung des EuG	116
1.	Annahme einer unmittelbaren Bindung an die Sanktionsresolutionen des Sicherheitsrates.....	116
2.	Der eingeschränkte Prüfungsmaßstab als Konsequenz	118
3.	Keine Verletzung von ius cogens-Rechten	120
a)	Keine Verletzung des Rechts auf Eigentums	120
b)	Keine Verletzung der Verteidigungsrechte.....	121
c)	Keine Verletzung des Rechts auf effektiven gerichtlichen Rechtsschutz	122
II.	Die KADI I-Rechtsprechung des EuGH.....	123
1.	Uneingeschränkte Justiziabilität der gemeinschaftsrechtlichen Sanktionsverordnung.....	123
2.	Feststellung einer Verletzung der Klägerrechte	127
a)	Verletzung der Verteidigungsrechte sowie des Rechts auf effektiven gerichtlichen Rechtsschutz	127
b)	Bejahung einer Verletzung des Rechts auf Eigentum.....	129
3.	Der Urteilstenor	130
III.	Der weitere Verlauf des Rechtsstreits – die KADI II- Urteile von EuG und EuGH	130

1.	Die tatsächlichen Geschehnisse nach dem Erlass des KADI I-Urteils des EuGH	131
2.	Das KADI II-Urteil des EuG	132
3.	Das KADI II-Urteil des EuGH	133
C.	Zusammenfassung der Rechtsschutzmöglichkeiten gelisteter Personen auf EU-Ebene	136
§ 3:	Zusammenfassung	136
Kapitel 3:	Die staatliche Ebene	136
§ 1:	Die staatlichen Umsetzungsmaßnahmen	136
A.	Der Erlass von Strafvorschriften	136
B.	Die Entscheidungen über Anträge auf Erteilung von Ausnahmegenehmigungen	137
C.	Die Umsetzung des Reiseverbots und des Waffenembargos	138
§ 2:	Rechtsschutzmöglichkeiten vor deutschen Gerichten	138
§ 3:	Zusammenfassung	139

Teil III: Die Völkerrechtskonformität des 1267er-Sanktionsregimes

Kapitel 1:	Methodologische Vorüberlegungen zur Auslegung der UN-Charta	141
§ 1:	Der Grundsatz der objektiven Auslegung der UN-Charta	142
§ 2:	Die Auslegungsfaktoren im Einzelnen	143
A.	Der Wortlaut	143
B.	Die systematische Auslegung	144
C.	Die teleologische Auslegung	144
D.	Die Vertragspraxis	145
I.	Die Praxis der Mitgliedstaaten	145
II.	Die Praxis des Sicherheitsrates	146
Kapitel 2:	Fragen der grundsätzlichen Rechtsbindung des Sicherheitsrates	151
§ 1:	Überblick über die Befugnisse des Sicherheitsrates nach Kap. VII der UN-Charta	151
§ 2:	Der Sicherheitsrat als <i>legibus solutus</i> ?	155

§ 3:	Die Bejahung einer grundsätzlichen Rechtsbindung des Sicherheitsrates	156
§ 4:	Chartaimmanente Beschränkungen der Sicherheitsratsbefugnisse.....	159
A.	Die Artt. 39 ff. UN-Charta.....	160
B.	Art. 24 Abs. 1 UN-Charta	160
C.	Art. 24 Abs. 2 UN-Charta.....	160
I.	Inhalt der Regelung	160
II.	Dogmatische Einordnung der Regelung.....	160
III.	Die als Begrenzung der Sicherheitsratsbefugnisse konkret in Betracht kommenden Ziele und Grundsätze	162
§ 5:	Die Bindung des Sicherheitsrates an das allgemeine Völkerrecht.....	162
A.	Die Kontroverse um die Auslegung der Artt. 103, 1 Abs. 1 UN-Charta	162
B.	Exemption des Sicherheitsrates von den Bestimmungen des allgemeinen Völkerrechts?	163
C.	Lockerung der Bindung des Sicherheitsrates an die Bestimmungen des allgemeinen Völkerrechts?	164
D.	Stellungnahme.....	165
Kapitel 3:	Die Vereinbarkeit des 1267er-Sanktionsregimes mit dem Kap. VII der UN-Charta	167
§ 1:	Die Terroraktivitäten Al Qaidas als Gefahrenlage i. S. d. Art. 39 UN-Charta.....	167
A.	Der Terrorismusbegriff des Völkerrechts.....	167
I.	Die bestehenden Definitionsschwierigkeiten und ihre Ursachen	167
II.	Der gegenwärtige Grundkonsens	169
B.	Die Praxis des Sicherheitsrates.....	172
I.	Terrorhandlungen nichtstaatlicher Akteure als Friedensbedrohung.....	172
II.	Die Einordnung in die bisherige Praxis.....	172
1.	Der Lockerbie-Fall.....	173
2.	Die Bestätigung der Lockerbie-Praxis im Falle des Sudans und der Taliban	173

3.	Die rechtliche Bewertung der bisherigen Praxis durch die Staatengemeinschaft und die Völkerrechtswissenschaft.....	173
III.	Die Grenzen des Interpretations- und Beurteilungsspielraums des Sicherheitsrates.....	175
C.	Die Vereinbarkeit der Sicherheitsratspraxis mit den Auslegungskriterien der WVRK	175
I.	Die Auslegung nach dem Wortlaut.....	175
II.	Die systematische Auslegung	177
1.	Der Abgleich mit den Artt. 40 ff. UN-Charta	177
2.	Der Begriff der internationalen Sicherheit in Art. 39 UN-Charta.....	178
III.	Die teleologische Auslegung.....	180
IV.	Ergebnis	181
D.	Die konstitutiven Elemente friedensbedrohender Terrorhandlungen Privater.....	181
I.	Allgemeine Überlegungen	181
II.	Der gegen einen oder mehrere Staaten gerichtete Gewaltakt.....	183
III.	Der grenzüberschreitende Bezug des Gewaltaktes.....	183
IV.	Die Erheblichkeit des vom Gewaltakt verursachten oder drohenden Schadens	184
V.	Abgleich der Tatbestandsvoraussetzungen mit dem 1267er-Sanktionsregime	185
§ 2:	Die Vereinbarkeit des 1267er-Sanktionsregimes mit Art. 41 UN-Charta	186
A.	Art. 41 UN-Charta und das Individuum als Völkerrechtssubjekt	186
B.	Individualsanktionen und das Interventionsverbot des Art. 2 Abs. 7 UN-Charta	187
C.	Der innere Zusammenhang zwischen den Artt. 39, 41 UN-Charta	190
§ 3:	Die Zulässigkeit des Erlasses abstrakt-genereller Maßnahmen zur Terrorismusbekämpfung.....	190

Kapitel 4: Die prinzipielle Menschenrechtsbindung des Sicherheitsrates im Kontext des 1267er-Sanktionsregimes	192
§ 1: Ansätze zur Herleitung einer Menschenrechtsbindung des Sicherheitsrates über Art. 1 Abs. 1 UN-Charta.....	192
A. Das Wortlautargument.....	192
B. Die Menschenrechte als Teil des Friedensbegriffs in Art. 1 Abs. 1 UN-Charta?	193
I. Überblick über das Meinungsspektrum.....	194
II. Stellungnahme.....	195
III. Ergebnis	196
§ 2: Die Menschenrechtsbindung des Sicherheitsrates über Art. 1 Abs. 3 UN-Charta.....	196
A. Wortlaut	197
B. Systematik	197
C. Telos.....	199
D. Analyse der Sicherheitsratspraxis.....	203
I. Allgemeiner Überblick.....	203
II. Stellungnahme und Auswertung der Sanktionsresolutionen zu den Individualsanktionsregimen.....	205
III. Ergebnis	207
E. Zusammenfassung.....	208
§ 3: Die inhaltliche Konturierung der von Art. 1 Abs. 3 UN-Charta ausgehenden Menschenrechtsbindung	208
A. Die Bindung des Sicherheitsrats an die Bestimmungen des IPBPR	208
I. Völkervertragsrechtliche Bindung des Sicherheitsrates an den IPBPR	209
II. Gewohnheitsrechtliche Bindung des Sicherheitsrates an den IPBPR	209
1. Allgemeine Grundsätze zur Entwicklung von Völkergewohnheitsrecht aus Völkervertragsrecht	209
2. Die Entstehungsvoraussetzungen nach der Rechtsprechung des IGH im Nordsee-Festlandssockel-Fall.....	210

a)	Ein grundlegender Normbildungscharakter der vertraglichen Bestimmungen	211
b)	Das Erfordernis einer umfangreichen und repräsentativen Staatenbeteiligung an dem Vertragswerk	212
3.	Die Anwendung der vom IGH entwickelten Kriterien auf den IPBPR.....	212
a)	Der grundlegende Normbildungscharakter des IPBPR	212
b)	Die umfangreiche und repräsentative Staatenbeteiligung am IPBPR.....	213
4.	Einordnung der vom IGH entwickelten Kriterien in die das Völkergewohnheitsrecht konstituierenden Elemente	213
a)	Die restriktive Auffassung – das tatsächliche Staatenverhalten als entscheidendes Kriterium.....	215
b)	Die „progressive“ Auffassung – die Vernachlässigung des tatsächlichen Staatenverhaltens	216
5.	Stellungnahme	217
a)	Äußerungen und Erklärungen als untaugliches Substitut einer tatsächlichen Praxis.....	217
b)	Die quasi-universelle Partizipation der Staaten an einem Völkerrechtsvertrag als taugliches Substitut einer tatsächlichen Praxis.....	218
c)	Die Bestätigung durch die Rechtsprechung des IGH zu den allgemeinen Grundsätzen des Völkerrechts	221
d)	Weitere Argumente in Hinblick auf eine gewohnheitsrechtliche Geltung des IPBPR.....	226
aa)	Die Vorschriften der Artt. 1 Abs. 3, 55 lit. c UN-Charta.....	226
bb)	Die Eigenschaft der Menschenrechte als atypisches Völkerrecht.....	228
aaa)	Ursprung und Entwicklung der Menschenrechtsidee	229

bbb)	Die Rezeption des Vorstaatlichkeitsgedankens im Völkerrecht	231
ccc)	Konsequenzen für die Entstehungsvoraussetzungen gewöhnheitsrechtlicher Menschenrechtsnormen	233
6.	Ergebnis	234
B.	Die Bindung des Sicherheitsrates an Art. 6 IPWSKR.....	234
C.	Die Bindung des Sicherheitsrates an die AEMR.....	237
I.	Problemaufriss.....	237
II.	Die Beschränkung der Prüfung auf eine Bindung des Rates an IPBPR-fremde Rechte.....	238
III.	Insgesondere die Bindung des Sicherheitsrates an die Eigentumsfreiheit nach Art. 17 AEMR.....	238
1.	Die völkerrechtliche Definition des Eigentums	239
2.	Die gewohnheitsrechtliche Geltung der Eigentumsfreiheit.....	239
a)	Der fremdenrechtliche Eigentumsschutz als Ausgangspunkt	239
b)	Ansätze zur Herleitung eines universellen Gewohnheitsrechts auf Eigentum	240
aa)	Die Herleitung eines gewohnheitsrechtlichen Eigentumsschutzes aus internationalen Menschenrechtsverträgen	240
aaa)	Die verneinende Auffassung der restriktiven Ansicht	241
bbb)	Stellungnahme	241
bb)	Schluss aus dem gewohnheitsrechtlich anerkannten Fremdenrecht.....	244
aaa)	Die verneinende Auffassung der restriktiven Ansicht	244
bbb)	Stellungnahme	244
cc)	Die Verankerung der Eigentumsfreiheit in den nationalen Verfassungen als weiterer Beleg ihrer universellen Akzeptanz.....	247
c)	Ergebnis.....	249

D. Einschluss des humanitären Völkerrechts in Art. 1 Abs. 3 UN-Charta?	249
§ 4: Die Reichweite der Menschenrechtsbindung des Sicherheitsrates beim Tätigwerden nach Kap. VII UN-Charta	250
A. Das Meinungsspektrum	250
I. Der absolute Vorrang der Friedenssicherung	251
II. Die Gleichrangigkeit zwischen Friedenssicherung und Menschenrechtsschutz	252
III. Die vermittelnde Ansicht	253
1. Die prinzipiell gelockerte Menschenrechtsbindung beim Tätigwerden nach Kap. VII UN-Charta	253
2. Die strikte Bindung an die Menschenrechtsnormen des ius cogens	255
a) Definition des ius cogens	255
b) Die dogmatischen Grundlagen des ius cogens	256
c) Der Umfang des ius cogens	256
aa) Die Probleme bei der Bestimmung von ius cogens-Normen und ihre Gründe	256
bb) Die Menschenrechtsnormen des ius cogens	258
aaa) Die enge Auffassung	258
bbb) Die weite Auffassung	259
B. Stellungnahme	261
I. Erste Einordnung der verschiedenen Meinungen	261
II. Die grundsätzliche Kritik an einem engen ius cogens-Verständnis der Menschenrechte	261
1. Die historisch-statische Auslegung des ius cogens-Begriffs	261
2. Die Inkonsistenz des engen ius cogens-Ansatzes	262
3. Das Außerachtlassen gegenläufiger Staatenpraxis	263
4. Die Vernachlässigung menschenrechtsdogmatischer Aspekte	264
III. Die strenge Menschenrechtsbindung des Sicherheitsrates beim Erlass von Individualsanktionen	265

1.	Die Unterschiede beim Erlass von Kollektiv- und Individualsanktionen aus spezifisch menschenrechtlicher Sicht	265
a)	Die Menschenrechtssituation beim Erlass von kollektiven Wirtschaftssanktionen	265
b)	Die Menschenrechtssituation beim Erlass von Individualsanktionen	267
c)	Ergebnis	267
2.	Die strikte Menschenrechtsbindung der Staaten bei der eigenständigen Umsetzung von Individualsanktionen	268
a)	Die Voraussetzungen einer Derogation nach Art. 4 Abs. 1 IPBPR	268
b)	Die terroristische Bedrohung durch AL QAIDA als öffentlicher Notstand?	268
3.	Der Ansatz zur Übertragung dieser Bindung auf den Sicherheitsrat	270
4.	Prinzipielle Befreiung des Sicherheitsrates bei der Friedenssicherung?	271
5.	Konsequenzen für die Menschenrechtsbindung des Sicherheitsrates beim Erlass von 1267er-Sanktionen	275
C.	Ergebnis	275
Kapitel 5:	Die Menschenrechtsprüfung im Einzelnen	276
§ 1:	Die betroffenen Menschenrechte	276
A.	Betroffene Menschenrechte natürlicher Personen	276
I.	Das Recht auf Freizügigkeit, Art. 12 IPBPR	276
1.	Schutzbereich	276
2.	Eingriff	277
3.	Ergebnis	277
II.	Das Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens sowie auf Schutz der Ehre und des Rufes, Art. 17 IPBPR	277
1.	Der Schutz des Privatlebens	277
a)	Schutzbereich	277
b)	Eingriff	278

2.	Der Schutz der Ehre und des Rufes	278
a)	Schutzbereich	278
b)	Eingriff	278
3.	Der Schutz des Familienlebens	280
a)	Schutzbereich	280
b)	Eingriff	280
4.	Ergebnis	280
III.	Die Achtung der Berufsfreiheit, Art. 6 Abs. 1 IPWSKR	280
IV.	Das Recht auf Achtung des Privateigentums, Art. 17 AEMR	281
1.	Schutzbereich	281
2.	Eingriff	281
3.	Ergebnis	282
V.	Zwischenergebnis	282
B.	Betroffene Menschenrechte von Personenvereinigungen	282
C.	Ergebnis	284
§ 2:	Die Eingriffsrechtfertigung	285
A.	Vorliegen einer gesetzlichen Grundlage	286
B.	Die Verhältnismäßigkeit des Eingriffs	287
I.	Legitimer Zweck	288
II.	Geeignetheit	288
III.	Erforderlichkeit	290
IV.	Angemessenheit	291
C.	Zwischenergebnis und weiterer Gang der Untersuchung	292
§ 3:	Das Recht auf rechtliches Gehör und effektiven Rechtsschutz	292
A.	Das Recht auf rechtliches Gehör	292
I.	Inhalt und dogmatische Herleitung	293
II.	Das Recht auf Information über die zur Last gelegten Tatsachen	295
1.	Die gegenwärtigen Regelungen des Sanktionsregimes	295
2.	Das Problem der Benachrichtigung nach Vornahme der Listung	296

3.	Das Problem des Zurückhaltens vertraulicher Informationen	296
a)	Die Zulässigkeit einer Einschränkung des Informationsrechts gelisteter Personen	296
b)	Die einzelnen Voraussetzungen	297
aa)	Wahrung des Kerngehalts des Informationsrechts	298
bb)	Ausgleich der Informationszurückhaltung im Rechtsschutzverfahren	299
cc)	Der Umfang des gerichtlichen/ beschwerdeinstanzlichen Überprüfungs- und Bewertungsrechts	300
c)	Abgleich mit dem gegenwärtigen Sanktionsregime	302
d)	Ergebnis	303
III.	Das Recht auf Anhörung	303
1.	Die Anhörung vor der erstmaligen Vornahme einer Listung	304
2.	Die Anhörung bei der Entscheidung über die Aufrechterhaltung der Listung	306
3.	Ergebnis	307
IV.	Zusammenfassung	307
B.	Das Recht auf effektiven Rechtsschutz	307
I.	Die Bestimmung des einschlägigen Grundrechts	308
1.	Anwendungsvoraussetzungen des Art. 14 Abs. 1 IPBPR	308
a)	Individualsanktionen als Strafmaßnahme?	308
aa)	Die rechtliche Qualifikation der Sanktionen durch den Sicherheitsrat und die Mitgliedstaaten	309
bb)	Die Art/Natur des Vergehens	309
cc)	Die Schwere des Eingriffs	312
dd)	Ergebnis	314
b)	Individualsanktionen als zivilrechtliche Streitigkeit?	314
2.	Ergebnis	315
II.	Die einzelnen Rechtsschutzanforderungen des Art. 14 Abs. 1 IPBPR	315

1.	Anforderungen an das Gericht.....	315
a)	Gerichtsbegriff	315
aa)	Autonome Definition.....	315
bb)	Die vollständige Jurisdiktionsgewalt als konstitutives Merkmal eines Gerichts	316
aaa)	Definition	316
bbb)	Abgleich mit dem gegenwärtigen Sanktionsregime	316
cc)	Ergebnis und Verbesserungsvorschlag.....	319
b)	Die Unparteilichkeit des Gerichts	319
aa)	Definition	319
bb)	Abgleich mit dem gegenwärtigen Sanktionsregime	319
c)	Kompetenz der dem Gericht angehörnden Personen.....	320
d)	Die Unabhängigkeit des Gerichts	320
aa)	Definition	320
bb)	Abgleich mit dem gegenwärtigen Sanktionsregime	321
cc)	Ergebnis.....	322
e)	Beruhren auf Gesetz.....	322
f)	Zusammenfassung	322
2.	Das Recht auf ein faires Verfahren.....	322
a)	Überblick	323
b)	Insbesondere das Recht auf Anhörung	323
aa)	Abgleich mit dem gegenwärtigen Sanktionsregime	323
bb)	Ergebnis.....	324
c)	Insbesondere das Recht auf Anwesenheit während der Verhandlung.....	324
d)	Zusammenfassung	324
3.	Die Öffentlichkeit des Verfahrens	324
4.	Das Recht auf zeitnahe Urteilsverkündung.....	325
III.	Zusammenfassung zum effektiven Rechtsschutz.....	325
§ 4:	Der Bestimmtheitsgrundsatz.....	325
A.	Inhalt.....	326

B. Prüfung der gegenwärtigen Leistungskriterien auf ihre Vereinbarkeit mit dem Bestimmtheitsgrundsatz	327
I. Die Entwicklungen in der Organisationsstruktur AL QAIDAS ...	327
1. Die nationalen Ableger AL QAIDAS.....	328
2. Formell AL QAIDA beigetretene bzw. mit ihr assoziierte islamistische Organisationen	329
3. Neu entstehende Terrorzellen ohne personellen oder organisatorischen Bezug zur Kern-AL QAIDA	329
II. Konsequenzen für die Operationalität des Tatbestandsmerkmals „AL QAIDA-Mitgliedschaft“	331
III. Das Kriterium des Verbundenseins mit AL QAIDA	332
1. Die einzelnen Tatbestände	332
2. Erste Systematisierung der Tatbestände	332
3. Die Bestimmtheitsanforderungen an den Tatbestand des „Verbundenseins“ im Einzelnen	333
4. Abgleich mit dem gegenwärtigen Sanktionsregime	333
a) Das Problem der Auffangtatbestände der „Erleichterung von Handlungen und Aktivitäten“ sowie der „sonstigen Unterstützung“	333
b) Die fehlende Unterscheidung von AL QAIDA-spezifischen und sonstigen islamistischen Terroraktivitäten	334
c) Ausreichende Konkretisierung durch die Praxis des Sanktionsausschusses?.....	334
d) Ergebnis	334
5. Lösungsvorschlag	335
a) Konkretisierung der inkriminierten Verhaltensweisen.....	335
b) Konkretisierung des AL QAIDA-spezifischen Verhaltensbezugs.....	337
C. Zusammenfassung.....	337
§ 5: Die notwendige Verknüpfung von Sanktionierung und strafrechtlicher Verfolgung	338
A. Problemaufriss	338
B. Der Sayadi/Vinck-Fall des MRA.....	341

I.	Die tatsächlichen Hintergründe	341
II.	Die rechtliche Bewertung durch den MRA.....	343
1.	Die Ausführungen zu Art. 12 IPBPR.....	344
2.	Die Ausführungen zu Art. 17 Abs. 1 IPBPR	345
III.	Bewertung	345
C.	Das System aus nationaler Strafverfolgung und internationaler Sanktionierung.....	346
I.	Mögliche Schwierigkeiten der Implementierung	347
1.	Das Problem ineffizienter Strafverfolgung.....	347
a)	Problemaufriss	347
b)	Bewertung.....	348
2.	Das Problem politisch motivierter Strafverfolgung.....	350
3.	Die Notwendigkeit einer objektiven und unabhängigen Vorabprüfung der Listungsanträge.....	351
a)	Herleitung	351
b)	Umsetzung	354
c)	Ergebnis	356
4.	Gesamtergebnis	356
II.	Zulässigkeit der Vornahme von Listungen bei anschließender Strafverfolgung?	356
III.	Anforderungen an den Tatverdacht	358
D.	Die Bündelung von strafrechtlicher Verfolgung und Sanktionserlass auf UN-Ebene	359
E.	Zusammenfassung.....	360
§ 6:	Zusammenfassung des Kapitels.....	360
Kapitel 6:	Die rechtlichen Konsequenzen rechtswidriger Sicherheitsresolutionen.....	362
§ 1:	Die Kontroverse um die Auslegung des Art. 25 UN-Charta	362
§ 2:	Das Verfahren zur Feststellung der Rechtswidrigkeit von Sicherheitsratsresolutionen	364
Kapitel 7:	Zusammenfassung des Teils III	368

Teil IV: Die Rechtmäßigkeit der EU-Maßnahmen zur Umsetzung des 1267er-Sanktionsregimes.....	369
Kapitel 1: Die Völkerrechtskonformität des	
1. KADI-Urteils des EuGH	369
Kapitel 2: Das Verhältnis zwischen der UN-Charta und den nationalen Rechtsordnungen bzw. dem EU-Recht	371
§ 1: Die gängigen Theorien zum Verhältnis von Völkerrecht und nationalem Recht	371
A. Monismus und Dualismus	371
B. Die Lösung von Konflikten zwischen beiden Rechtsebenen	372
I. Allgemeine Grundsätze	372
II. Die rechtliche Situation in Deutschland.....	373
§ 2: Die Übertragbarkeit der für das nationale Recht entwickelten Grundsätze auf das Verhältnis von EU-Recht und UN-Charta.....	377
A. Der Grundsatz der Autonomie des Unionsrechts	377
B. Keine Sonderstellung von Sicherheitsratsmaßnahmen auf Grundlage des Art. 351 Abs. 1 AEUV	379
C. Keine Sonderstellung von Sicherheitsratsmaßnahmen aufgrund ihres politischen Charakters	381
D. Ergebnis	382
Kapitel 3: Die Grundrechtskonformität der EU-Sanktionsmaßnahmen.....	382
§ 1: Die Bewertung der EuGH-Entscheidung zur prinzipiellen Aufrechterhaltung der EU-Sanktionsverordnung.....	382
§ 2: Das Problem der ungeprüften Übernahme von Listungsbeschlüssen des Sanktionsausschusses durch die EU.....	384
A. Problemaufriss.....	384
B. Das Prüfungsverfahren vor der EU-Kommission.....	385
C. Der einstweilige Rechtsschutz vor den Unionsgerichten.....	387
§ 3: Ergebnis.....	388
Kapitel 4: Zusammenfassung	389

Teil V: Die EU-Sanktionsmaßnahmen als Gegenstand von Gerichtsverfahren vor dem BVerfG und dem EGMR	391
Kapitel 1: Die EU-Sanktionsmaßnahmen als Gegenstand eines Verfahrens vor dem BVerfG	391
Kapitel 2: Die EU-Sanktionsmaßnahmen als Gegenstand eines Verfahrens vor dem EGMR.....	393
§ 1: Überblick.....	393
§ 2: Das NADA-Urteil des EGMR	394
A. Vorgeschichte.....	394
B. Die Erwägungen des Gerichtshofs	395
I. Verletzung des Art. 8 EMRK.....	395
II. Verletzung des Art. 13 EMRK.....	396
III. Keine Verletzung der übrigen Grundrechte	396
IV. Verurteilung zur Zahlung einer Entschädigung.....	397
C. Erste Bewertung des NADA-Urteils.....	397
§ 3: Die Rechtsprechung des EGMR zum Verhältnis von EMRK und den staatlichen Verpflichtungen aus Mitgliedschaften in internationalen Organisationen	398
A. Allgemeine Grundsätze	398
B. Sonderregime für staatliche Maßnahmen zur Umsetzung von Sicherheitsratsresolutionen? – das Behrami/Saramati-Urteil des EGMR	401
§ 4: Bewertung des NADA-Urteils im Lichte der bisherigen EGMR-Rechtsprechung	404
§ 5: Konsequenzen für eine mögliche Prüfung der EU-Sanktionsmaßnahmen durch den EGMR	407
Kapitel 3: Zusammenfassung	407

Teil VI: Synopse der Arbeit und ihrer Ergebnisse.....	409
Kapitel 1: Problemaufriss.....	409
Kapitel 2: Terminologie und Einordnung des Sanktionsregimes in die bisherige Sanktionspraxis des Sicherheitsrates	410
§ 1: Der Begriff der Wirtschaftssanktion.....	410
§ 2: Die Einordnung des 1267er-Sanktionsregimes in die bisherige Sanktionspraxis des Sicherheitsrates	411
Kapitel 3: Darstellung des 1267er-Sanktionsregimes.....	411
§ 1: Die UN-Ebene	412
§ 2: Die EU-Ebene.....	413
§ 3: Die staatliche Ebene	413
Kapitel 4: Die Rechtmäßigkeit des 1267er-Sanktionsregimes.....	414
§ 1: Terroraktivitäten Al Qaidas als Gefahrenlage i. S. d. Art. 39 UN-Charta.....	414
§ 2: Die Vereinbarkeit des 1267er-Sanktionsregimes mit den internationalen Menschenrechten.....	415
A. Rechtsquellen einer Menschenrechtsbindung des Sicherheitsrates	415
B. Die inhaltliche Konkretisierung	416
C. Der Umfang der Menschenrechtsbindung des Sicherheitsrates bei einem Tätigwerden nach Kap. VII UN-Charta	416
D. Die Grundrechtsprüfung im Einzelnen	417
E. Rechtsfolgen chartawidriger Sanktionsresolutionen	417
Kapitel 5: Die Rechtmäßigkeit der EU-Maßnahmen zur Umsetzung des 1267er-Sanktionsregimes.....	418
Kapitel 6: Die EU-Sanktionsmaßnahmen als möglicher Gegenstand von Gerichtsverfahren vor dem BVerfG und dem EGMR.....	419
Schlussbemerkung.....	421
Literaturverzeichnis.....	425